



BASis Info 4/2010

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bevor es in die Ostertage ging, hatte ich im März drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestags in Berlin. Die Debatten im Plenum standen im Zeichen der abschließenden Beratungen des Bundeshaushalts 2010.

Was die Bundesregierung vorgelegt hat, ist ein Dokument der Verantwortungslosigkeit und der Verunsicherung. Schwarz-Gelb steuert mit 80,2 Milliarden Euro auf eine Rekordneuerschuldung zu. Noch nie hatte eine deutsche Nachkriegs-Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten. Die Regierung hat keine Rezepte zur Bewältigung der Wirtschaftskrise, zur Bändigung des Finanzsektors und zur Haushaltskonsolidierung. Stattdessen betreibt sie Flickschusterei, bedient ihr Klientel und verunsichert die Bürger mit un- ausgegorenen und unbezahlbaren Projekten.

Die letzte Woche haben wir mit einer erfolgreichen Kommunalkonferenz begonnen. Wir konnten erneut deutlich machen, dass wir die Sorgen

und Nöte der Kommunen ernst nehmen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen werden. Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass die Bundesregierung die Kommunen nicht ausbluten lässt. Dies ist vor allem auch für unsere Stadt Duisburg von großer Bedeutung. Ich erinnere nur an die „Tränenliste“ der Stadtverwaltung, der immerhin von der rot-grün-roten „Haushaltskoalition“ die schlimmsten Grausamkeiten genommen werden konnten. Wir benötigen dennoch eine grundlegende Neuordnung der Kommunalfinanzen! Wir Sozialdemokraten stehen an der Seite der Städte und Gemeinden. Auch deshalb brauchen wir am 9. Mai einen Regierungswechsel in Düsseldorf. Wir brauchen ihn vor allem, damit Bildung nicht mehr und mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir wollen eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Dies ist nur mit der SPD möglich! Als Bundespolitikerin darf ich hinzufügen: Fällt Schwarz-Gelb in Düsseldorf, ist auch die Mehrheit im Bundesrat weg. Merkel und Westerwelle könnten die Kopfpauschale und die Steuersenkungen für

die Besserverdienenden erst einmal vergessen.

Am 27. und 28. März haben Rechtspopulisten und Neonazis versucht, vor der Merkez-Moschee in Marxloh zu demonstrieren und damit das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft zu stören. Es ist ihnen nicht gelungen. Während kleine Gruppen von „ProNRW“ und NPD im Abseits ihre gehässigen Parolen grölten, demonstrierten auf einer eindrucksvollen Kundgebung tausende Menschen für Weltoffenheit und Toleranz.

Wir Sozialdemokraten waren dabei: Viele Duisburger Genossinnen und Genossen, sowie Sigmar Gabriel und Hannelore Kraft waren nach Marxloh gekommen.

Wir alle haben ein Zeichen für Mitmenschlichkeit und Toleranz unter dem Motto: „Wir sind Duisburg“ gegeben und das macht mich richtig stolz. Nazis haben in unserer Stadt Duisburg keinen Platz. Und das ist auch gut so!

Eure



Stichwort: Arzneimittelversorgung

Arzneimittel – Wo sind die Einsparungen, Herr Rösler?

Auch mehr als ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl herrscht Stillstand im Bundesgesundheitsministerium (BMG). Zusatzbeiträge für Millionen Versicherte, ineffiziente Strukturen in der Versorgung oder das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) scheinen den Bundesgesundheitsminister Phillip Rösler (FDP) kalt zu lassen. Er nimmt sich die Zeit, erst mal alle seine neuen Lobby-Freunde zum Kaffee ins Ministerium einzuladen. Wenn dann wenigstens das Ergebnis stimmen würde. Aber das nun von Rösler vorgestellte Arzneimittelsparpaket verdient seinen Namen nicht.

Die Ausgaben der GKV für Arzneimittel betragen im Jahr 2009 32,4 Mrd. Euro. Das sind 18% der gesamten GKV-Ausgaben. Die Ausgaben für innovative Arzneimittel wird das BMG mit diesen Vorschlägen kaum begrenzen können. Der Haken ist der Marktzugang von neuen Arzneimitteln mit einem nachgewiesenen Zusatznutzen. Für diese soll der Hersteller im ersten Jahr nach der Zulassung weiterhin selbst den Preis festlegen dürfen. Auf Grundlage dieses Preises sollen dann Verhandlungen über einen Höchstpreis stattfinden. Die Hersteller wären dumm, wenn sie nicht mit einem höheren Einstiegspreis



in die Verhandlung gehen. Damit steigen die Preise im ersten Jahr und sinken am Ende der Verhandlungen auf einen heute üblichen Preis.

Dagegen fordern wir Sozialdemokraten, dass vom Markteintritt an, ein Höchstpreis gilt, der auf Basis einer Empfehlung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) festgelegt wird. Hochproblematisch bleibt beim Rösler-Vorschlag, dass ausführliche Kosten-Nutzen-Bewertungen durch das IQWiG die Ausnahme bleiben sollen. Denn nur durch sie, lässt sich ein Zusatznutzen gegenüber bewährten Therapien feststellen. Dieser Zusatznutzen soll den Preis bestimmen, nicht die Renditeerwartung der Hersteller.

Weiterhin will die schwarz-gelbe Koalition die Rabattverträge der Krankenkassen mit den Generikaherstellern einschränken, um die Hersteller zu schonen. Damit soll eines der wirksamsten Instrumente der Kostenkontrolle im Pharmamarkt wieder aufgegeben

werden. Auch die Freunde des FDP-Ministers, die Apotheker, bekommen etwas ab: Der Arzneimittelversandhandel wird eingeschränkt und so genannte Pick-up Stellen in Drogeriemärkten sollen verboten werden. Das bedeutet weniger Wettbewerb, höhere Kosten und eine schlechtere Versorgung mit Arzneimitteln für viele Patienten. Die Vorschläge des Ministers sind ein fauler Kompromiss mit Pharmaindustrie und Apothekern zu Lasten der Versicherten und der Verbraucher und zeigen klar, für wen diese Koalition Gesundheitspolitik macht.

Die SPD hat bereits vor dem BMG einen eigenen Vorschlag für eine effektive Arzneimittelversorgung gemacht. Kurzfristig fordern wir ein Preismoratorium und die Erhöhung des Herstellerrabatts an die GKV von 6 auf 16%, sowie die Abschöpfung der Großhandelsrabatte. Ohne Kosten-Nutzen-Bewertungen soll es keine Erstattung mehr durch die GKV geben. Außerdem dürfen Medikamente in Deutschland nicht mehr deutlich teurer als im europäischen Durchschnitt verkauft werden. Das finanzielle Risiko bei der Anwendung innovativer aber sehr teurer Krebstherapien soll zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern geteilt werden. Und es wird Zeit für eine Positivliste mit allen erstattungsfähigen Arzneimitteln.



„Nein zur Kopfpauschale“



Kommt: Andrea Nahles

Mit „Nein zur Kopfpauschale“ geht meine rollende Bürger-sprechstunde am 13. April 2010 von 14:30 bis 15:30 Uhr in die nächste Runde.

Zusammen mit der SPD Generalsekretärin und Bundestagsabgeordneten Andrea Nahles werde ich vor dem Forum auf der Königstraße in Duisburg Unterschriften gegen die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Einführung einer Kopfpauschale im Gesundheitssystem sammeln.

99 Luftballons

Am 11. März 2010 konnte ich eines meiner ersten „Wahlkampfversprechen“ einlösen. Denn an diesem Tag fand im AWO-Seniorenzentrum an der Karl-Jarres-Straße die Siegerehrung des Luftballon-Wettbewerbes statt, den ich während des Bundestagswahlkampfes veranstaltet hatte. Nach einem angenehmen Gespräch mit den Preisträgern und deren Eltern, rückte schließlich die Preisverleihung in den Mittelpunkt. Als Preise gab es Eintrittskarten für die ganze Familie für den Duisburger Zoo.



Gewonnen: Sabrina Fileccia

Solidarische Arbeitsmarktpolitik

Unter dem Motto „Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik“ findet zusammen mit Johannes Pflug am Freitag, dem 23. April 2010, um 18:30 Uhr im Awocado in Hamborn, eine weitere „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung statt.

Da sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auch langfristig negativ auf unseren Arbeitsmarkt auswirken wird, brauchen wir eine neue und umfassende solidarische Arbeitsmarktpolitik. Eine solche beinhaltet für mich unter anderem sowohl die Einführung eines existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohns als auch eine tragfähige Reform der Job-Center. Das Impulsreferat an diesem Abend hält der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Klaus Brandner. Unter anderem bei der Diskussionsrunde dabei: Jürgen Dudzek (IG-Metall-Vorsitzender Duisburg), Dietrich Schoch (ehem. Ombudsmann für die ARGE) und Sören Link (MdL).

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++10.04.: Landtagswahlkampfauftakt der NRW-SPD in Düsseldorf+++

+++ 15.04.: DGB - Podiumsdiskussion zum Thema Gesundheit+++

+++16.04.: Bürgersprechstunde in Serm+++

+++19.-23.04.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++29.04.: Bürgersprechstunde in Mündelheim+++



Kommt: Klaus Brandner



Am 18. März besuchten mich 50 Duisburgerinnen und Duisburger im Deutschen Bundestag.

Neues aus meinem Tagebuch

Am 8. März war Internationaler Frauentag. Mit einem Antrag im Deutschen Bundestag haben wir als SPD die Bundesregierung aufgefordert, endlich klare gesetzliche Regelungen für eine echte Gleichstellung zu schaffen und zur Gleichstellungs-Debatte im Bundestag kamen alle passend gekleidet: In rot oder lila - sogar die Männer.



SPD-Fraktion in rot und lila

Seit dem 15. März hat mein Büro Verstärkung aus Russland: Mariya Kadantseva aus dem sibirischen Tjumen wird in den nächsten 4 Monaten als Stipendiatin des Internationalen-Parlamentarier-Programmes (IPS) in meinem Team mitarbeiten und im April auch für ein paar Tage Duisburg besuchen.

Die Kommunalkonferenz meiner SPD-Bundestagsfraktion war mit 260 Bürgermeistern und Kämmerern so gut besucht, dass Frank-Walter Steinmeier feststellen musste: „Das kommt hier im Fraktionssaal nicht so häufig vor, aber wir müssen diesmal wohl noch Stühle reinholen“.



Bis nächstes Mal, ich freu mich drauf, Eure Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de